

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst

Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 9. Juni 2021

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung
einer EntschlieÙung betreffend Erarbeitung bundesweit einheitlicher Standards in
der Elementarpädagogik**

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, im Wege des Beirates für Elementarpädagogik bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für den Ausbau elementarer Bildungseinrichtungen und die überregionale Ausbildungsplanung zu erarbeiten.

EntschlieÙung

des Burgenländisches Landtages vom betreffend Erarbeitung bundesweit einheitlicher Standards in der Elementarpädagogik

In Österreich ist Elementarpädagogik in der Zuständigkeit der Länder. Eine Artikel 15a-Vereinbarung für Elementarpädagogik des Bundes mit den Ländern regelt die Abwicklung eines Zweckzuschuss für unter anderem das verpflichtende Kindergartenjahr, Sprachförderung im Kindergarten und den Ausbau von elementaren Bildungseinrichtungen sowie für die qualitative Weiterentwicklung der Kindergärten. Im Schuljahr 2021/22 sind dafür 142,5 Millionen Euro im Bundesbudget veranschlagt.

Die Bundesregierung hat auf Basis des türkis-grünen Regierungsprogramms im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung einen Beirat für Elementarpädagogik eingerichtet, der am 30. September 2020 das erste Mal tagte. Dieser soll die Bedeutung der Elementarpädagogik im Rahmen der Bildungspolitik hervorheben und er hat die Aufgabe, erstmals alle Stakeholder an einen Tisch zu bekommen, um verbindliche österreichweite Regelungen zu erarbeiten.

Folgende Ziele sollen dabei auf Basis der Zielsetzungen der Bundesregierung bundesweit angestrebt werden:

- Ein bundesweiter VIF-konformer Ausbau elementarer Bildungseinrichtungen (Vereinbarkeitsindex Beruf und Familie)
- Die Barcelona-Ziele sollen bundesweit erreicht werden
- Der Zweckzuschuss (15a-Vereinbarung) soll weiter erhöht werden (der Betrag wurde zuletzt von jährlich € 125 Mio. auf € 142,5 Mio. erhöht)
- Einheitliche Strategie und Qualitätssicherung durch bundesweit verbindliche Regelungen
- Ausbildungsinitiative für Elementarpädagoginnen und -pädagogen
- Weiterentwicklung der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen sowie Vereinheitlichung des Assistenzpersonals.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.